

FREE

50X1-HUM

REPORT

50X1-HUM

50X1-HUM

CLASSIFICATION FREE

Declassified in Part - Sanitized Copy Approved for Release 2012/03/27 : CIA-RDP83-00415R002600190004-8

No. 113

Auszüge aus Presseberichten

Steuersenkung. Die neue Steuerverordnung für die Ostzone weist als wesentlichstes Merkmal die Unterscheidung zwischen Einkommen aus Arbeitsleistungen und Einkommen aus Unternehmungen und Kapitalerträgen auf. Die Besteuerung von Einnahmen aus Arbeitsleistungen endet nicht mehr wie bisher bei 86 %, sondern schon bei 55 %. Das bedeutet, daß die hohen Gehälter und Spitzenhonorare für leitende Beamte und Funktionäre jetzt wesentlich geringer belastet werden. Die freien Berufe und gewerblichen Einkünfte bis 6 000 Mark werden ebenfalls nach den Sätzen für Lohn- und Gehaltsempfänger besteuert.

Allgem. Ztg. vom 8. April 1949

Sammlung zur Tat. Der Vorsitzende der "Sammlung zur Tat", STEINFELD, sagte auf einer Pressekonferenz, "Die Sammlung zur Tat" sei bestrebt, als Dachorganisation der bestehenden politischen Parteien zwischen den beiden Extremen, Kapitalismus und Kommunismus, eine Brücke der Verständigung auf der Ebene des wirklichen Sozialismus zu schlagen. Die neue Partei wolle jetzt in ganz Westdeutschland und in Berlin Orts-, Kreis- und Landesgruppen bilden. Sie wird von allen anderen Parteien abgelehnt. In etwa zwei Monaten werde sie mit verschiedenen Druckschriften und einer eigenen Wochenschrift in die Öffentlichkeit treten. Allgem. Ztg. vom 11. April 1949

Einige Stimmen zum Besatzungsstatut.

Prof. REUTER erklärte: Wenn dieses Dokument so großzügig angewandt wird, wie es geplant ist, dann wird die Bahn zu einem wirklichen Aufbau Deutschlands frei. Der zwangsweise abseits stehende Osten werde auf die Dauer der Anziehungskraft eines neugestalteten Deutschland nicht widerstehen können. Der Berliner FDP-Vorsitzende SCHWENNIGKE wies darauf hin, daß es beschämend wäre, wenn nun durch Parteigeist die dem deutschen Volk gebotene Chance nutzlos vertan würde. Der Landesvorsitzende der FDP in Bayern, Dr. DEHLER, erklärte, das Besatzungsstatut sei ein "Nackenschlag" für denjenigen, der in der Zuversicht lebte, die Alliierten seien ernstlich gewillt, dem deutschen Volke die ihm von Gottes und Rechts wegen zustehende Souveränität zurückzugeben. Das Bonner Werk werde auf das schwerste entwertet und das Grundgesetz werde auf lange Zeit keine Verfassungswirklichkeit haben, sondern nur das deutsche Postulat einer staatlichen Freiheit darstellen.

Süddt. Ztg. vom 12. April 1949

Dem Laboratorium der Zonenvereinigung "Keramik" in Wügeln (Sachsen) ist es gelungen, die in großen Mengen anfallenden Rückstände der Kaolinindustrie des Kemnitzer Beckens industriell zu verwerten. Sie dienen zur Herstellung eines walzenförmigen Handwachssteins für das graphische Gewerbe, "Wugelon", eines unter der Bezeichnung "Penetrol" in den Handel gelangenden Fensterputzsteins und von Verpackungsboxen. Die Verarbeitung erfolgt ohne Bindemittel und Brennen, lediglich unter Anwendung hohen Druckes.

Das Stickstoffwerk Piesteritz, das der Landwirtschaft der Ostzone in den ersten 2 1/2 Monaten dieses Jahres 36 000 t Kalkstickstoff lieferte, hat den Friedensstand fast wieder erreicht. Zur weiteren Steigerung der Produktion soll noch im Laufe dieses Halbjahres mit der Errichtung einer Anlage zur Herstellung von Nitrophoska begonnen werden.

Wirtschaftsrev. vom 8. April 49

Vom 1. April an übernimmt die DWK für die Ostzone - Generaldirektion Reichsbahn - die Verwaltung und Nutznießung der nicht reichsbahneigenen Eisenbahnen des öffentlichen Verkehrs mit allen Rechten und den nach dem 8. Mai 1945 entstandenen Verpflichtungen aus dem Bahnbetrieb, soweit Zahlungen vom 1. April 1949 an fällig werden. Die Bahneigentümer können nicht zur Deckung von Verlusten herangezogen werden, die während der Verwaltung und Nutznießung durch die Generaldirektion der Reichsbahn entstanden sind. Andererseits nehmen sie nicht an der Gewinnverteilung teil.

Wirtschaftsrev. vom 8. April 49

REGISTRY COPY

No. 113

Auszüge aus Presseberichten

Steuersenkung. Die neue Steuerverordnung für die Ostzone weist als wesentlichstes Merkmal die Unterscheidung zwischen Einkommen aus Arbeitsleistungen und Einkommen aus Unternehmungen und Kapitalerträgen auf. Die Besteuerung von Einnahmen aus Arbeitsleistungen endet nicht mehr wie bisher bei 86 %, sondern schon bei 55 %. Das bedeutet, daß die hohen Gehälter und Spitzenhonorare für leitende Beamte und Funktionäre jetzt wesentlich geringer belastet werden. Die Freien Berufe und gewerblichen Einkünfte bis 6 000 Mark werden ebenfalls nach den Sätzen für Lohn- und Gehaltsempfänger besteuert.

Allgem. Ztg. vom 8. April 1949

Sammlung zur Tat. Der Vorsitzende der "Sammlung zur Tat", STEINFELD, sagte auf einer Pressekonferenz, "Die Sammlung zur Tat" sei bestrebt, als Dachorganisation der bestehenden politischen Parteien zwischen den beiden Extremen Kapitalismus und Kommunismus, eine Brücke der Verständigung auf der Ebene des wirklichen Sozialismus zu schlagen. Die neue Partei wolle jetzt in ganz Westdeutschland und in Berlin Orts-, Kreis- und Landesgruppen bilden. Sie wird von allen anderen Parteien abgelehnt. In etwa zwei Monaten werde sie mit verschiedenen Druckschriften und einer eigenen Wochenschrift in die Öffentlichkeit treten, Allgem. Ztg. vom 11. April 1949

Einige Stimmen zum Besatzungsstatut.

Prof. REUTER erklärte: Wenn dieses Dokument so großzügig angewandt wird, wie es geplant ist, dann wird die Bahn zu einem wirklichen Aufbau Deutschlands frei. Der zwangweise abseits stehende Osten werde auf die Dauer der Anziehungskraft eines neugestalteten Deutschland nicht widerstehen können. Der Berliner FDP-Vorsitzende SCHWENNIGKE wies darauf hin, daß es beschämend wäre, wenn nun durch Parteigeist die dem deutschen Volk gebotene Chance nutzlos vertan würde. Der Landesvorsitzende der FDP in Bayern, Dr. DEHLER, erklärte, das Besatzungsstatut sei ein "Nackenschlag" für denjenigen, der in der Zuversicht lebe, die Alliierten seien ernstlich gewillt, dem deutschen Volke die ihm von Gottes und Rechts wegen zustehende Souveränität zurückzugeben. Das Bonner Werk werde auf das schwerste entwertet und das Grundgesetz werde auf lange Zeit keine Verfassungswirklichkeit haben, sondern nur das deutsche Postulat einer staatlichen Freiheit darstellen.

Süddt. Ztg. vom 12. April 1949

Dem Laboratorium der Zonenvereinigung "Keramik" in Mügeln (Sachsen) ist es gelungen, die in großen Mengen anfallenden Rückstände der Kaolinindustrie des Kemmlitzer Beckens industriell zu verwerten. Sie dienen zur Herstellung eines walzenförmigen Handwachssteins für das graphische Gewerbe, "Mügelon", eines unter der Bezeichnung "Penetrol" in den Handel gelangenden Fensterputzsteins und von Verpackungsadren. Die Verarbeitung erfolgt ohne Bindemittel und Brennen, lediglich unter Anwendung hohen Druckes.

Das Stickstoffwerk Piesteritz, das der Landwirtschaft der Ostzone in den ersten 2 1/2 Monaten dieses Jahres 36 000 t Kalkstickstoff lieferte, hat den Friedensstand fast wieder erreicht. Zur weiteren Steigerung der Produktion soll noch im Laufe dieses Halbjahres mit der Errichtung einer Anlage zur Herstellung von Nitrophoska begonnen werden.

Wirtschaftsrev. vom 8. April 49

Vom 1. April an übernimmt die DMK für die Ostzone - Generaldirektion Reichsbahn - die Verwaltung und Nutznießung der nicht reichsbahneigenen Eisenbahnen des öffentlichen Verkehrs mit allen Rechten und den nach dem 8. Mai 1945 entstandenen Verpflichtungen aus dem Bahnbetrieb, soweit Zahlungen vom 1. April 1949 an fällig werden. Die Bahneigentümer können nicht zur Deckung von Verlusten herangezogen werden, die während der Verwaltung und Nutznießung durch die Generaldirektion der Reichsbahn entstanden sind. Andererseits nehmen sie nicht an der Gewinnverteilung teil.

Wirtschaftsrev. vom 8. April 49

No. 113

Auszüge aus Presseberichten

=====

Steuersenkung. Die neue Steuerverordnung für die Ostzone weist als wesentlichstes Merkmal die Unterscheidung zwischen Einkommen aus Arbeitsleistungen und Einkommen aus Unternehmungen und Kapitalerträgen auf. Die Besteuerung von Einnahmen aus Arbeitsleistungen endet nicht mehr wie bisher bei 86 %, sondern schon bei 55 %. Das bedeutet, daß die hohen Gehälter und Spitzenhonorare für leitende Beamte und Funktionäre jetzt wesentlich geringer belastet werden. Die Freien Berufe und gewerblichen Einkünfte bis 6 000 Mark werden ebenfalls nach den Sätzen für Lohn- und Gehaltsempfänger besteuert.

Allgem. Ztg. vom 8. April 1949

Sammlung zur Tat. Der Vorsitzende der "Sammlung zur Tat", STEINWELD, sagte auf einer Pressekonferenz, "Die Sammlung zur Tat" sei bestrebt, als Dachorganisation der bestehenden politischen Parteien zwischen den beiden Extremen Kapitalismus und Kommunismus, eine Brücke der Verständigung auf der Ebene des wirklichen Sozialismus zu schlagen. Die neue Partei wolle jetzt in ganz Westdeutschland und in Berlin Orts-, Kreis- und Landesgruppen bilden. Sie wird von allen anderen Parteien abgelehnt. In etwa zwei Monaten werde sie mit verschiedenen Druckschriften und einer eigenen Wochenschrift in die Öffentlichkeit treten. Allgem. Ztg. vom 11. April 1949

Einige Stimmen zum Besatzungsstatut.

Prof. REUTER erklärte: Wenn dieses Dokument so großzügig angewandt wird, wie es geplant ist, dann wird die Bahn zu einem wirklichen Aufbau Deutschlands frei. Der zwangsweise abseits stehende Osten werde auf die Dauer der Anziehungskraft eines neugestalteten Deutschland nicht widerstehen können. Der Berliner FDP-Vorsitzende SCHWENNIOKE wies darauf hin, daß es beschämend wäre, wenn nun durch Parteigeist die dem deutschen Volk gebotene Chance nutzlos vertan würde. Der Landesvorsitzende der FDP in Bayern, Dr. DEHLER, erklärte, das Besatzungsstatut sei ein "Nackenschlag" für denjenigen, der in der Zuversicht lebe, die Alliierten seien ernstlich gewillt, dem deutschen Volke die ihm von Gottes und Rechts wegen zustehende Souveränität zurückzugeben. Das Bonner Werk werde auf das schwerste entwertet und das Grundgesetz werde auf lange Zeit keine Verfassungswirklichkeit haben, sondern nur das deutsche Postulat einer staatlichen Freiheit darstellen.

Süddt. Ztg. vom 12. April 1949

Dem Laboratorium der Zonenvereinigung "Keramik" in Mügeln (Sachsen) ist es gelungen, die in großen Mengen anfallenden Rückstände der Kaolin-industrie des Kemmlitzer Beckens industriell zu verwerten. Sie dienen zur Herstellung eines walzenförmigen Handwachssteins für das graphische Gewerbe, "Mugelon", eines unter der Bezeichnung "Penetrol" in den Handel gelangenden Fensterputzsteines und von Verpackungsboxen. Die Verarbeitung erfolgt ohne Bindemittel und Brennen, lediglich unter Anwendung hohen Druckes.

Das Stickstoffwerk Piesteritz, das der Landwirtschaft der Ostzone in den ersten 2 1/2 Monaten dieses Jahres 36 000 t Kalkstickstoff lieferte, hat den Friedensstand fast wieder erreicht. Zur weiteren Steigerung der Produktion soll noch im Laufe dieses Halbjahres mit der Errichtung einer Anlage zur Herstellung von Nitrophoska begonnen werden. Wirtschaftsrev. vom 8. April 49

Vom 1. April an übernimmt die DWK für die Ostzone - Generaldirektion Reichsbahn - die Verwaltung und Nutznießung der nicht reichsbahneigenen Eisenbahnen des öffentlichen Verkehrs mit allen Rechten und den nach dem 8. Mai 1945 entstandenen Verpflichtungen aus dem Bahnbetrieb, soweit Zahlungen vom 1. April 1949 an fällig werden. Die Bahneigentümer können nicht zur Deckung von Verlusten herangezogen werden, die während der Verwaltung und Nutznießung durch die Generaldirektion der Reichsbahn entstanden sind. Andererseits nehmen sie nicht an der Gewinnverteilung teil.

Wirtschaftsrev. vom 8. April 49

No. 113

Auszüge aus Presseberichten

Steuersenkung. Die neue Steuerverordnung für die Ostzone weist als wesentliches Merkmal die Unterscheidung zwischen Einkommen aus Arbeitsleistungen und Einkommen aus Unternehmungen und Kapitalerträgen auf. Die Besteuerung von Einnahmen aus Arbeitsleistungen endet nicht mehr wie bisher bei 86 %, sondern schon bei 55 %. Das bedeutet, daß die hohen Gehälter und Spitzenhonorare für leitende Beamte und Funktionäre jetzt wesentlich geringer belastet werden. Die Freien Berufe und gewerblichen Einkünfte bis 6 000 Mark werden ebenfalls nach den Sätzen für Lohn- und Gehaltsempfänger besteuert.

Allgem. Ztg. vom 8. April 1949

Sammlung zur Tat. Der Vorsitzende der "Sammlung zur Tat", STEINFELD, sagte auf einer Pressekonferenz, "Die Sammlung zur Tat" sei bestrebt, als Dachorganisation der bestehenden politischen Parteien zwischen den beiden Extremen Kapitalismus und Kommunismus, eine Brücke der Verständigung auf der Ebene des wirklichen Sozialismus zu schlagen. Die neue Partei wolle jetzt in ganz Westdeutschland und in Berlin Orts-, Kreis- und Landesgruppen bilden. Sie wird von allen anderen Parteien abgelehnt. In etwa zwei Monaten werde sie mit verschiedenen Druckschriften und einer eigenen Wochenschrift in die Öffentlichkeit treten. Allgem. Ztg. vom 11. April 1949

Einige Stimmen zum Besatzungsstatut.

Prof. REUTER erklärte: Wenn dieses Dokument so großzügig angewandt wird, wie es geplant ist, dann wird die Bahn zu einem wirklichen Aufbau Deutschlands frei. Der zwangsweise abseits stehende Osten werde auf die Dauer der Anziehungskraft eines neugestalteten Deutschland nicht widerstehen können. Der Berliner FDP-Vorsitzende SCHWENNICKÉ wies darauf hin, daß es beschämend wäre, wenn nun durch Parteigeist die dem deutschen Volk gebotene Chance nutzlos vertan würde. Der Landesvorsitzende der FDP in Bayern, Dr. DEHLER, erklärte, das Besatzungsstatut sei ein "Nackenschlag" für denjenigen, der in der Zuversicht lebte, die Alliierten seien ernstlich gewillt, dem deutschen Volke die ihm von Gottes und Rechts wegen zustehende Souveränität zurückzugeben. Das Bonner Werk werde auf das schwerste entwertet und das Grundgesetz werde auf lange Zeit keine Verfassungswirklichkeit haben, sondern nur das deutsche Postulat einer staatlichen Freiheit darstellen.

Süddt. Ztg. vom 12. April 1949

Dem Laboratorium der Zonenvereinigung "Keramik" in Mügeln (Sachsen) ist es gelungen, die in großen Mengen anfallenden Rückstände der Kugellin-Industrie des Kemmlitzer Beckens industriell zu verwerten. Sie dienen zur Herstellung eines walzenförmigen Handwachssteins für das graphische Gewerbe, "Mugelon", eines unter der Bezeichnung "Penetrol" in den Handel gelangenden Fensterputzsteines und von Verpackungsboxen. Die Verarbeitung erfolgt ohne Bindemittel und Brennen, lediglich unter Anwendung hohen Druckes.

Das Stickstoffwerk Piesteritz, das der Landwirtschaft der Ostzone in den ersten 2 1/2 Monaten dieses Jahres 36 000 t Kalkstickstoff lieferte, hat den Friedensstand fast wieder erreicht. Zur weiteren Steigerung der Produktion soll noch im Laufe dieses Halbjahres mit der Errichtung einer Anlage zur Herstellung von Nitrophoska begonnen werden.

Wirtschaftsrev. vom 8. April 49

Vom 1. April an übernimmt die DWK für die Ostzone die Generaldirektion Reichsbahn - die Verwaltung und Nutznießung der nicht reichsbahneigenen Eisenbahnen des öffentlichen Verkehrs mit allen Rechten und den nach dem 8. Mai 1945 entstandenen Verpflichtungen aus dem Bahnbetrieb, soweit Zahlungen vom 1. April 1949 an fällig werden. Die Bahneigentümer können nicht zur Deckung von Verlusten herangezogen werden, die während der Verwaltung und Nutznießung durch die Generaldirektion der Reichsbahn entstanden sind. Andererseits nehmen sie nicht an der Gewinnverteilung teil.

Wirtschaftsrev. vom 8. April 49

No. 114

Auszüge aus Presseberichten

Westberliner Bekleidungs Handwerk. Das Westberliner Bekleidungs Handwerk wird durch die Währungsumstellung hart betroffen, da sich sein Kundenkreis aus Bewohnern aller Sektoren zusammensetzt. Besonders prekär ist die Frage der laufenden Verträge, die in den meisten Fällen in gemischter Währung abgeschlossen wurden und nun der Kundschaft Veranlassung geben, auf die vereinbarte Abdeckung ihrer Verbindlichkeiten zu dringen. Demgegenüber sind die laufenden Verpflichtungen der Handwerksbetriebe ausschließlich in B-Mark abzugelten. In einer Eingabe an den Westberliner Magistrat wurde der Antrag gestellt, die ausschließlich mit der Durchführung von Lohnaufträgen für Firmen des Ostsektors vertrauten Westbetriebe in den Geldumtausch einzubeziehen, da diese Betriebe auf der Ausgabe Seite ausschließlich mit Westmarkbeträgen belastet sind, denen nur Einnahmen in deutscher Mark der Deutschen Notenbank gegenüberstehen.

Neues Deutschland vom 2. April 49

Säuberung der Polizei. Oberst TULPANOW hat in einer Besprechung in Karlshorst, an der sämtliche Polizeichefs und die Landesleiter der politischen Abteilung der Ost-Polizei teilnahmen, die Durchkämpfung und Säuberung der Polizeileitstellen gefordert. Den Landesleitern der politischen Abteilung wurde Beweismaterial vorgelegt, daß die Untergrundbewegungen, getragen von sowjet- und kommunistenfeindlichen Elementen, zunehmen. Für solche Menschen sei Platz in Bergwerken, Arbeits- und Konzentrationslagern vorhanden.

Berliner Leben. Das Leben in Berlin beginnt sowohl für den Westen als auch für den Osten wirtschaftlich immer problematischer zu werden. Der geringe Westmarkumlauf und die noch nicht eingelösten Ostmarkbeträge von weit über 100 Mill. zwingen die Bevölkerung der Westsektoren dazu, Westmark in Ostmark zu tauschen, im Ostsektor einzukaufen und vor allem dort Rechtsanwälte, Wirtschaftsprüfer, Friseure in Anspruch zu nehmen. Vor den freien Läden im Ostsektor bilden sich Schlangen Westberliner Käufer.

Die wirtschaftliche Lage im Ostsektor ist nicht minder schwierig. Die rigorosen Kreditkontrollen der Banken und der bargeldlose Zahlungsverkehr lähmen die geschäftlichen Entwicklungen, und dem großen Geldumlauf steht nur eine begrenzte Warenmenge gegenüber. - Um den durch die Gegenblockade gefährdeten Zweijahresplan auf jeden Fall zu verwirklichen, hat die DDK Richtlinien über die Tätigkeit der Volks-Kontrollausschüsse herausgegeben. Die Kontrollausschüsse haben vor allem die Aufgabe, wirtschaftsschädigende Handlungen aufzudecken und den Bürokratismus zu beseitigen.

Allgem. Ztg. vom 12. April 1949

Kohle. Eine Verbesserung der Kohleversorgung im Jahre 49 soll sich vor allem auf die Herstellung besserer Kohlequalitäten stützen. Von einer Qualitätsverbesserung der Briketts verspricht man sich eine Steigerung des Heizwertes und damit eine mengenmäßige Einsparung von 40 %. Die in Sachsen-Anhalt bestehende Diskrepanz in der Kohleversorgung zwischen Nord und Süd, die hauptsächlich eine Transportfrage ist, soll im Transportsektor durch eine stärkere Heranziehung der Schifffahrt gelöst werden.

Neues Deutschland. vom 6. April 1949

Bautätigkeit 1949. Für das Bauprogramm sind 1,4 Milliarden DM vorgesehen. Die Anforderungen an die Baustoffindustrie sind außerordentlich, werden aber zu erfüllen sein, da infolge der erhöhten Produktion von Kohle die Erzeugung von Ziegelsteinen auf eine Milliarde Stück festgesetzt werden konnte. - Der Neubau von 5 000 Wohnungen ist geplant, und zwar vorwiegend an industriellen Schwerpunkten. Das Instandsetzungsprogramm sieht die Wiederherstellung von 18 000 bisher unbewohnbaren Wohnungen und ferner die volle Nutzbarmachung von weiteren 50 000 Wohnungen vor. - Das industrielle Investitionsprogramm hat vor allem die geplante Produktionssteigerung im Kohlenbergbau und in der Hüttenindustrie zu sichern. Besondere Mittel sind auch für den Berliner Verkehr vorgesehen. - Für die Landwirtschaft sind umfangreiche Meliorationsarbeiten, der Bau von MAS sowie ein Aufforstungsprogramm von 40 000 ha geplant. Außerdem sieht das Programm eine Reihe kultureller Bauten vor, wie die Errichtung von neuen Schulen, Kindergärten, Kinderheimen, sowie den Ausbau bestehender Universitäten.

Neues Deutschland. v. 6. April 49

DECLASSIFIED COPY

No. 114

Auszüge aus Presseberichten

Westberliner Bekleidungshandwerk. Das Westberliner Bekleidungshandwerk wird durch die Währungsumstellung hart betroffen, da sich sein Kundenkreis aus Bewohnern aller Sektoren zusammensetzt. Besonders prekär ist die Frage der laufenden Verträge, die in den meisten Fällen in gemischter Währung abgeschlossen wurden und nun der Kundschaft Veranlassung geben, auf die vereinbarte Abdeckung ihrer Verbindlichkeiten zu dringen. Demgegenüber sind die laufenden Verpflichtungen der Handwerksbetriebe ausschließlich in B-Mark abzugelten. In einer Eingabe an den Westberliner Magistrat wurde der Antrag gestellt, die ausschließlich mit der Durchführung von Lohnaufträgen für Firmen des Ostsektors betrauten Westbetriebe in den Geldumtausch einzubeziehen, da diese Betriebe auf der Ausgabenseite ausschließlich mit Westmarkbeträgen belastet sind, denen nur Einnahmen in deutscher Mark der Deutschen Notenbank gegenüberstehen.

Neues Deutschland vom 2. April 49

Säuberung der Polizei. Oberst KULPANOW hat in einer Besprechung in Karlshorst, an der sämtliche Polizeichefs und die Landesleiter der politischen Abteilung der Ost-Polizei teilnahmen, die Durchkämpfung und Säuberung der Polizeileitstellen gefordert. Den Landesleitern der politischen Abteilung wurde Beweismaterial vorgelegt, daß die Untergrundbewegungen, getragen von sowjet- und kommunistenfeindlichen Elementen, zunehmen. Für solche Menschen sei Platz in Bergwerken, Arbeits- und Konzentrationslagern vorhanden.

Berliner Leben. Das Leben in Berlin beginnt sowohl für den Westen als auch für den Osten wirtschaftlich immer problematischer zu werden. Der geringe Westmarkumlauf und die noch nicht eingelösten Ostmarkbeträge von weit über 100 Mill. zwingen die Bevölkerung der Westsektoren dazu, Westmark in Ostmark zu tauschen, im Ostsektor einzukaufen und vor allem dort Rechtsanwälte, Wirtschaftsprüfer, Friseure in Anspruch zu nehmen. Vor den freien Läden im Ostsektor bilden sich Schlangen Westberliner Käufer.

Die wirtschaftliche Lage im Ostsektor ist nicht minder schwierig. Die rigorosen Kreditkontrollen der Banken und der bargeldlose Zahlungsverkehr lähmen die geschäftlichen Entwicklungen, und dem großen Geldumlauf steht nur eine begrenzte Warenmenge gegenüber. - Um den durch die Gegenblockade gefährdeten Zweijahresplan auf jeden Fall zu verwirklichen, hat die DWK Richtlinien über die Tätigkeit der Volks-Kontrollausschüsse herausgegeben. Die Kontrollausschüsse haben vor allem die Aufgabe, wirtschaftsschädigende Handlungen aufzudecken und den Bürokratismus zu beseitigen.

Allgem. Ztg. vom 12. April 1949

Kohle. Eine Verbesserung der Kohleversorgung im Jahre 49 soll sich vor allem auf die Herstellung besserer Kohlequalitäten stützen. Von einer Qualitätsverbesserung der Briquets verspricht man sich eine Steigerung des Heizwertes und damit eine mengenmäßige Einsparung von 40 %. Die in Sachsen-Anhalt bestehende Diskrepanz in der Kohleversorgung zwischen Nord und Süd, die hauptsächlich eine Transportfrage ist, soll im Transportsektor durch eine stärkere Heranziehung der Schifffahrt gelöst werden.

Neues Deutschld. vom 6. April 1949

Bautätigkeit 1949. Für das Bauprogramm sind 1,4 Milliarden DM vorgesehen. Die Anforderungen an die Baustoffindustrie sind außerordentlich, werden aber zu erfüllen sein, da infolge der erhöhten Produktion von Kohle die Erzeugung von Ziegelsteinen auf eine Milliarde Stück festgesetzt werden konnte. - Der Neubau von 5 000 Wohnungen ist geplant, und zwar vorwiegend an industriellen Schwerpunkten. Das Instandsetzungsprogramm sieht die Wiederherstellung von 18 000 bisher unbewohnbaren Wohnungen und ferner die volle Nutzbarmachung von weiteren 50 000 Wohnungen vor. - Das industrielle Investitionsprogramm hat vor allem die geplante Produktionssteigerung im Kohlenbergbau und in der Hüttenindustrie zu sichern. Besondere Mittel sind auch für den Berliner Verkehr vorgesehen. - Für die Landwirtschaft sind umfangreiche Meliorationsarbeiten, der Bau von MAS sowie ein Aufforstungsprogramm von 40 000 ha geplant. Außerdem sieht das Programm eine Reihe kultureller Bauten vor, wie die Errichtung von neuen Schulen, Kindergärten, Kinderheimen, sowie den Ausbau bestehender Universitäten.

Neues Deutschld. v. 6. April 49

No. 114

Auszüge aus Presseberichten

Westberliner Bekleidungshandwerk. Das Westberliner Bekleidungshandwerk wird durch die Währungsumstellung hart betroffen, da sich sein Kundenkreis aus Bewohnern aller Sektoren zusammensetzt. Besonders prekär ist die Frage der laufenden Verträge, die in den meisten Fällen in gemischter Währung abgeschlossen wurden und nun der Kundschaft Veranlassung geben, auf die vereinbarte Abdeckung ihrer Verbindlichkeiten zu dringen. Demgegenüber sind die laufenden Verpflichtungen der Handwerksbetriebe ausschließlich in B-Mark abzugelten. In einer Eingabe an den Westberliner Magistrat wurde der Antrag gestellt, die ausschließlich mit der Durchführung von Lohnaufträgen für Firmen des Ostsektors betrauten Westbetriebe in den Geldtausch einzubeziehen, da diese Betriebe auf der Ausgabe Seite ausschließlich mit Westmarkbeträgen belastet sind, denen nur Einnahmen in deutscher Mark der Deutschen Notenbank gegenüberstehen.

Neues Deutschland vom 2. April 49

Shüberung der Polizei. Oberst TULPANOW hat in einer Besprechung in Karlshorst, an der sämtliche Polizeichefs und die Landesleiter der politischen Abteilung der Ost-Polizei teilnahmen, die Durchkämpfung und Shüberung der Polizeileitstellen gefordert. Den Landesleitern der politischen Abteilung wurde Beweismaterial vorgelegt, daß die Untergrundbewegungen, getragen von sowjet- und kommunistenfeindlichen Elementen, zunehmen. Für solche Menschen sei Platz in Bergwerken, Arbeits- und Konzentrationslagern vorhanden.

Berliner Leben. Das Leben in Berlin beginnt sowohl für den Westen als auch für den Osten wirtschaftlich immer problematischer zu werden. Der geringe Westmarkumlauf und die noch nicht eingelösten Ostmarkbeträge von weit über 100 Mill. zwingen die Bevölkerung der Westsektoren dazu, Westmark in Ostmark zu tauschen, im Ostsektor einzukaufen und vor allem dort Rechtsanwälte, Wirtschaftsprüfer, Friseure in Anspruch zu nehmen. Vor den freien Läden im Ostsektor bilden sich Schlangen Westberliner Käufer.

Die wirtschaftliche Lage im Ostsektor ist nicht minder schwierig. Die rigorosen Kreditkontrollen der Banken und der bargeldlose Zahlungsverkehr lähmen die geschäftlichen Entwicklungen, und dem großen Geldumlauf steht nur eine begrenzte Warenmenge gegenüber. - Um den durch die Gegenblockade gefährdeten Zweijahresplan auf jeden Fall zu verwirklichen, hat die DWK Richtlinien über die Tätigkeit der Volks-Kontrollausschüsse herausgegeben. Die Kontrollausschüsse haben vor allem die Aufgabe, wirtschaftsschädigende Handlungen aufzudecken und den Bürokratismus zu beseitigen.

Allgem. Ztg. vom 12. April 1949

Kohle. Eine Verbesserung der Kohleversorgung im Jahre 49 soll sich vor allem auf die Herstellung besserer Kohlequalitäten stützen. Von einer Qualitätsverbesserung der Briketts verspricht man sich eine Steigerung des Heizwertes und damit eine mengenmäßige Einsparung von 40 %. Die in Sachsen-Anhalt bestehende Diskrepanz in der Kohleversorgung zwischen Nord und Süd, die hauptsächlich eine Transportfrage ist, soll im Transportsektor durch eine stärkere Heranziehung der Schifffahrt gelöst werden.

Neues Deutschld. vom 6. April 1949

Bautätigkeit 1949. Für das Bauprogramm sind 1,4 Milliarden DM vorgesehen. Die Anforderungen an die Baustoffindustrie sind außerordentlich, werden aber zu erfüllen sein, da infolge der erhöhten Produktion von Kohle die Erzeugung von Ziegelsteinen auf eine Milliarde Stück festgesetzt werden konnte. - Der Neubau von 5 000 Wohnungen ist geplant, und zwar vorwiegend an industriellen Schwerpunkten. Das Instandsetzungsprogramm sieht die Wiederherstellung von 18 000 bisher unbewohnbaren Wohnungen und ferner die volle Nutzbarmachung von weiteren 50 000 Wohnungen vor. - Das industrielle Investitionsprogramm hat vor allem die geplante Produktionssteigerung im Kohlenbergbau und in der Hüttenindustrie zu sichern. Besondere Mittel sind auch für den Berliner Verkehr vorgesehen. - Für die Landwirtschaft sind umfangreiche Meliorationsarbeiten, der Bau von MAS sowie ein Aufforstungsprogramm von 40 000 ha geplant. Außerdem sieht das Programm eine Reihe kultureller Bauten vor, wie die Errichtung von neuen Schulen, Kindergärten, Kinderheimen, sowie den Ausbau bestehender Universitäten.

Neues Deutschld. v. 6. April 49

No. 77

Auszüge aus Rundfunkberichten

Sender Leipzig vom 11. April 1949

Das Besatzungsstatut nimmt alle Rechte auf Selbstbestimmung und Souveränität, betonte Max REIMANN auf dem zweiten Landesparteitag der KPD in Hagen. Er forderte die gesamte Bevölkerung der Westzonen auf, über alle Gegensätze weltanschaulicher und politischer Art hinweg die einzige Front des Kampfes für die Einheit und Unabhängigkeit des Vaterlandes zu schaffen.

Berlin: 350 Spitzenaktivisten der deutschen Post werden am 5. und 6. Mai in Berlin zusammenkommen. Auf der Arbeitstagung werden die Aktivisten ihre Erfahrungen austauschen, um die Leistung im Zweijahresplan zu erhöhen.

Moskau: Erich HONNECKER berichtete gestern über seine Eindrücke vom 11. Komsovol-Kongreß in Moskau. Er war beeindruckt von dem Friedenswillen der sowjetischen Jugend, deren Schaffenskraft durch die Folgen des Hitlerkrieges nicht gelähmt wurde. Die sowjetische Jugend habe sich die kühne Aufgabe gestellt, Erbauer einer Gesellschaftsordnung zu werden, in der jeder sein Leben nach seinem Können gestaltet.

Riesa: In einer Kundgebung für die Einheit Deutschlands zeigte KOENEN die Gefahr auf, die der Atlantikpakt und die Separatverfassung für das deutsche Volk zur Folge haben. Der Weltfriedenskongreß werde den Beweis geben, daß der Friedenswille stärker ist als die Kreise, die den Krieg wollen.

Potsdam: Die kommende Kulturepoche wird im Zeichen der Sozialisierung stehen, sagte Otto GROTHWOHL auf einer Kundgebung. In Zukunft werden Wissenschaftler und Arbeiter bei dem friedlichen Aufbau eine gemeinsame Front bilden. Die Anordnungen der DWKlasse die Fürsorge erkennen, die ein sozialistischer Staat seinen Geistesarbeitern zubillige.

Frankfurt a.O.: 45 t Butterschmalz, 40 t Butter und 11 t MilCHFett trafen aus der SU in der Oderstadt ein. Das Fett wird umgehend nach Zwickau, Leipzig und Chemnitz weitergeleitet. Auch 27 t Naphtalin trafen ein, die für das Bunawerk bestimmt sind.

Zur Unterstützung der Weltfriedensbewegung erließ der Parteivorstand der KPD in Westdeutschland einen Aufruf, in dem die ganze westdeutsche Bevölkerung zur Unterstützung der Weltfriedensbewegung aufgefordert wird. Es heißt, daß es sich lohne, um den Frieden zu kämpfen, und ein dritter Weltkrieg, der sich auf deutschem Boden abspielen würde, das deutsche Volk für immer vernichte. Der Kampf um den Frieden sei daher ein Kampf um das Leben eines jeden Deutschen.

Der neu gewählte Hauptausschuß der LDP trat zu einer konstituierenden Sitzung zusammen. Dr. von STOLZENBERG wurde zum 1. Vorsitzenden gewählt.

Berlin: Der Deutsche Volksrat forderte alle patriotischen und demokratischen Kräfte auf, ihren Widerstand zu verstärken und gemeinsam mit dem Dt. Volksrat die Lebensfrage der deutschen Nation und den demokratischen Neuaufbau der Wirtschaft praktisch zu beraten. Die Lage des deutschen Volkes ist infolge der Maßnahme der westlichen Besatzungsmächte außerordentlich kritisch. Das koloniale Besatzungsstatut bedeutet die endgültige Zerreißung Deutschlands. Dem deutschen Volk wird ein gerechter Friedensvertrag verweigert. Durch den Atlantikpakt wird die Gefahr eines neuen Krieges heraufbeschworen. Alles das macht eine gemeinsame deutsche Beratung dringend erforderlich, um die Interessen des deutschen Volkes gegenüber den Besatzungsmächten zu vertreten. Alle Parteien, Organisationen und Wirtschaftskreise werden aufgerufen, ihre Delegierten zu einer gesamtdeutschen Beratung zum dritten Deutschen Volkskongreß nach Berlin zu entsenden.

Auszüge aus dem Kommentar von Günther HALL:

Der Kommentar befaßte sich mit dem Besatzungsstatut. Hall erklärte, daß man dem deutschen Volk ein Leben in Ruhe und Frieden nicht gönne, daß, wenn nicht die Ostzone herabgerissen werden könne, man wenigstens die westlichen Zonen an einer demokratischen Entwicklung verhindern wolle. Mit einem Zynismus werde in diesem Statut die unumsonrändete Herrschaft der ausländischen Wächter für einen Teil unseres Vaterlandes proklamiert. Wenn am 20. April die dt. Vertreter ihren Platz auf dem Weltfriedenskongreß einnehmen, dann werden sie im Namen aller Deutschen, die den Frieden wollen, die Stimme erheben gegen die koloniale Herrschaft der hohen Kommissare und für den Abschluß eines Friedensvertrages sowie für ein einheitliches und demokratisches Deutschland.

REGISTRY COPY

No. 77

Auszüge aus Rundfunkberichten

Sender Leipzig vom 11. April 1949

Das Besatzungsstatut nimmt alle Rechte auf Selbstbestimmung und Souveränität, betonte Max REIMANN auf dem zweiten Landesparteitag der KPD in Hagen. Er forderte die gesamte Bevölkerung der Westzonen auf, über alle Gegensätze weltanschaulicher und politischer Art hinweg die einzige Front des Kampfes für die Einheit und Unabhängigkeit des Vaterlandes zu schaffen.

Berlin: 350 Spitzenaktivisten der deutschen Post werden am 5. und 6. Mai in Berlin zusammenkommen. Auf der Arbeitstagung werden die Aktivisten ihre Erfahrungen austauschen, um die Leistung im Zweijahresplan zu erhöhen.

Moskau: Erich HONNECKER berichtete gestern über seine Eindrücke vom 11. Komsomol-Kongreß in Moskau. Er war beeindruckt von dem Friedenswillen der sowjetischen Jugend, deren Schaffenskraft durch die Folgen des Hitlerkrieges nicht gelähmt wurde. Die sowjetische Jugend habe sich die kühne Aufgabe gestellt, Erbauer einer Gesellschaftsordnung zu werden, in der jeder sein Leben nach seinem Können gestaltet.

Riesa: In einer Kundgebung für die Einheit Deutschlands zeigte KOENEN die Gefahr auf, die der Atlantikpakt und die Separatverfassung für das deutsche Volk zur Folge haben. Der Weltfriedenskongreß werde den Beweis geben, daß der Friedenswille stärker ist als die Kreise, die den Krieg wollen.

Potsdam: Die kommende Kulturepoche wird im Zeichen der Sozialisierung stehen, sagte Otto GROTEWOHL auf einer Kundgebung. In Zukunft werden Wissenschaftler und Arbeiter bei dem friedlichen Aufbau eine gemeinsame Front bilden. Die Anordnungen der DWKlasse die Fürsorge erkennen, die ein sozialistischer Staat seinen Geistesarbeitern zubillige.

Frankfurt a.O.: 45 t Butterschmalz, 40 t Butter und 11 t MilCHFett trafen aus der SU in der Oderstadt ein. Das Fett wird umgehend nach Zwickau, Leipzig und Chemnitz weitergeleitet. Auch 27 t Naphtalin trafen ein, die für das Bunawerk bestimmt sind.

Zur Unterstützung der Weltfriedensbewegung erließ der Parteivorstand der KPD in Westdeutschland einen Aufruf, in dem die ganze westdeutsche Bevölkerung zur Unterstützung der Weltfriedensbewegung aufgefordert wird. Es heißt, daß es sich lohne, um den Frieden zu kämpfen, und ein dritter Weltkrieg, der sich auf deutschem Boden abspielen würde, das deutsche Volk für immer vernichte. Der Kampf um den Frieden sei daher ein Kampf um das Leben eines jeden Deutschen.

Der neu gewählte Hauptausschuß der LDP trat zu einer konstituierenden Sitzung zusammen. Dr. von STOLZENBERG wurde zum 1. Vorsitzenden gewählt.

Berlin: Der Deutsche Volksrat forderte alle patriotischen und demokratischen Kräfte auf, ihren Widerstand zu verstärken und gemeinsam mit dem Dt. Volksrat die Lebensfrage der deutschen Nation und den demokratischen Neuaufbau der Wirtschaft praktisch zu beraten. Die Lage des deutschen Volkes ist infolge der Maßnahme der westlichen Besatzungsmächte außerordentlich kritisch. Das koloniale Besatzungsstatut bedeutet die endgültige Zerreißung Deutschlands. Dem deutschen Volk wird ein gerechter Friedensvertrag verweigert. Durch den Atlantikpakt wird die Gefahr eines neuen Krieges heraufbeschworen. Alles das macht eine gemeinsame deutsche Beratung dringend erforderlich, um die Interessen des deutschen Volkes gegenüber den Besatzungsmächten zu vertreten. Alle Parteien, Organisationen und Wirtschaftskreise werden aufgerufen, ihre Delegierten zu einer gesamtdeutschen Beratung zum dritten Deutschen Volkskongreß nach Berlin zu entsenden.

Auszüge aus dem Kommentar von Günther HALL:

Der Kommentar befaßte sich mit dem Besatzungsstatut. Hall erklärte, daß man dem deutschen Volk ein Leben in Ruhe und Frieden nicht gönne, daß, wenn nicht die Ostzone herabgerissen werden könne, man wenigstens die westlichen Zonen an einer demokratischen Entwicklung verhindern wolle. Mit einem Zynismus werde in diesem Statut die unumschränkte Herrschaft der ausländischen Wächter für einen Teil unseres Vaterlandes proklamiert. Wenn am 20. April die dt. Vertreter ihren Platz auf dem Weltfriedenskongreß einnehmen, dann werden sie im Namen aller Deutschen, die den Frieden wollen, die Stimme erheben gegen die koloniale Herrschaft der hohen Kommissare und für den Abschluß eines Friedensvertrages sowie für ein einheitliches und demokratisches Deutschland.

No. 77

Auszüge aus Rundfunkberichten

Sender Leipzig vom 11. April 1949

Das Besatzungsstatut nimmt alle Rechte auf Selbstbestimmung und Souveränität, betonte Max REIMANN auf dem zweiten Landesparteitag der KPD in Hagen. Er forderte die gesamte Bevölkerung der Westzonen auf, über alle Gegensätze weltanschaulicher und politischer Art hinweg die einzige Front des Kampfes für die Einheit und Unabhängigkeit des Vaterlandes zu schaffen.

Berlin: 350 Spitzenaktivisten der deutschen Post werden am 5. und 6. Mai in Berlin zusammenkommen. Auf der Arbeitstagung werden die Aktivisten ihre Erfahrungen austauschen, um die Leistung im Zweijahresplan zu erhöhen.

Moskau: Erich NONNECKER berichtete gestern über seine Eindrücke vom 11. Komsomol-Kongreß in Moskau. Er war beeindruckt von dem Friedenswillen der sowjetischen Jugend, deren Schaffenskraft durch die Folgen des Hitlerkrieges nicht gelähmt wurde. Die sowjetische Jugend habe sich die kühne Aufgabe gestellt, Erbauer einer Gesellschaftsordnung zu werden, in der jeder sein Leben nach seinem Können gestaltet.

Riesa: In einer Kundgebung für die Einheit Deutschlands zeigte KOENEN die Gefahr auf, die der Atlantikpakt und die Separatverfassung für das deutsche Volk zur Folge haben. Der Weltfriedenskongreß werde den Beweis geben, daß der Friedenswille stärker ist als die Kreise, die den Krieg wollen.

Potsdam: Die kommende Kulturepoche wird im Zeichen der Sozialisierung stehen, sagte Otto GROTEWOHL auf einer Kundgebung. In Zukunft werden Wissenschaftler und Arbeiter bei dem friedlichen Aufbau eine gemeinsame Front bilden. Die Anordnungen der DWKlasse die Fürsorge erkennen, die ein sozialistischer Staat seinen Geistesarbeitern zuilliege.

Frankfurt a.O.: 45 t Butterschmalz, 40 t Butter und 11 t MilCHFett trafen aus der SU in der Oderstadt ein. Das Fett wird umgehend nach Zwickau, Leipzig und Chemnitz weitergeleitet. Auch 27 t Naphtalin trafen ein, die für das Bunawerk bestimmt sind.

Zur Unterstützung der Weltfriedensbewegung erließ der Parteivorstand der KPD in Westdeutschland einen Aufruf, in dem die ganze westdeutsche Bevölkerung zur Unterstützung der Weltfriedensbewegung aufgefordert wird. Es heißt, daß es sich lohne, um den Frieden zu kämpfen, und ein dritter Weltkrieg, der sich auf deutschem Boden abspielen würde, das deutsche Volk für immer vernichte. Der Kampf um den Frieden sei daher ein Kampf um das Leben eines jeden Deutschen.

Der neu gewählte Hauptausschuß der LDP trat zu einer konstituierenden Sitzung zusammen. Dr. von STOLZENBERG wurde zum 1. Vorsitzenden gewählt.

Berlin: Der Deutsche Volksrat forderte alle patriotischen und demokratischen Kräfte auf, ihren Widerstand zu verstärken und gemeinsam mit dem Dt. Volksrat die Lebensfrage der deutschen Nation und den demokratischen Neuaufbau der Wirtschaft praktisch zu beraten. Die Lage des deutschen Volkes ist infolge der Maßnahme der westlichen Besatzungsmächte außerordentlich kritisch. Das koloniale Besatzungsstatut bedeutet die endgültige Zerreißung Deutschlands. Dem deutschen Volk wird ein gerechter Friedensvertrag verweigert. Durch den Atlantikpakt wird die Gefahr eines neuen Krieges heraufbeschworen. Alles das macht eine gemeinsame deutsche Beratung dringend erforderlich, um die Interessen des deutschen Volkes gegenüber den Besatzungsmächten zu vertreten. Alle Parteien, Organisationen und Wirtschaftskreise werden aufgerufen, ihre Delegierten zu einer gesamtdeutschen Beratung zum dritten Deutschen Volkskongreß nach Berlin zu entsenden.

Auszüge aus dem Kommentar von Günther HALL:

Der Kommentar befaßte sich mit dem Besatzungsstatut. Hall erklärte, daß man dem deutschen Volk ein Leben in Ruhe und Frieden nicht gönne, daß, wenn nicht die Ostzone herabgerissen werden könne, man wenigstens die westlichen Zonen an einer demokratischen Entwicklung verhindern wolle. Mit einem Zynismus werde in diesem Statut die unumschränkte Herrschaft der ausländischen Machthaber für einen Teil unseres Vaterlandes proklamiert. Wenn am 20. April die dt. Vertreter ihren Platz auf dem Weltfriedenskongreß einnehmen, dann werden sie im Namen aller Deutschen, die den Frieden wollen, die Stimme erheben gegen die koloniale Herrschaft der hohen Kommissare und für den Abschluß eines Friedensvertrages sowie für ein einheitliches und demokratisches Deutschland.

No. 77

Auszüge aus Rundfunkberichten

Sender Leipzig vom 11. April 1949

Das Besatzungsstatut nimmt alle Rechte auf Selbstbestimmung und Souveränität, betonte Max REIMANN auf dem zweiten Landesparteitag der KPD in Hagen. Er forderte die gesamte Bevölkerung der Westzonen auf, über alle Gegensätze weltanschaulicher und politischer Art hinweg die einzige Front des Kampfes für die Einheit und Unabhängigkeit des Vaterlandes zu schaffen.

Berlin: 350 Spitzenaktivisten der deutschen Post werden am 5. und 6. Mai in Berlin zusammenkommen. Auf der Arbeitstagung werden die Aktivisten ihre Erfahrungen austauschen, um die Leistung im Zweijahresplan zu erhöhen.

Moskau: Erich HONNECKER berichtete gestern über seine Eindrücke vom 11. Komsomol-Kongreß in Moskau. Er war beeindruckt von dem Friedenswillen der sowjetischen Jugend, deren Schaffenskraft durch die Folgen des Hitlerkrieges nicht gelähmt wurde. Die sowjetische Jugend habe sich die kühne Aufgabe gestellt, Erbauer einer Gesellschaftsordnung zu werden, in der jeder sein Leben nach seinem Können gestaltet.

Riesa: In einer Kundgebung für die Einheit Deutschlands zeigte KOENEN die Gefahr auf, die der Atlantikpakt und die Separatverfassung für das deutsche Volk zur Folge haben. Der Weltfriedenskongreß werde den Beweis geben, daß der Friedenswille stärker ist als die Kreise, die den Krieg wollen.

Potsdam: Die kommende Kulturepoche wird im Zeichen der Sozialisierung stehen, sagte Otto GROTEWOHL auf einer Kundgebung. In Zukunft werden Wissenschaftler und Arbeiter bei dem friedlichen Aufbau eine gemeinsame Front bilden. Die Anordnungen der DWKlasse die Fürsorge erkennen, die ein sozialistischer Staat seinen Geistesarbeitern zubillige.

Frankfurt a.O.: 45 t Butterschmalz, 40 t Butter und 11 t MilCHFETT trafen aus der SU in der Oderstadt ein. Das Fett wird umgehend nach Zwickau, Leipzig und Chemnitz weitergeleitet. Auch 27 t Naphtalin trafen ein, die für das Dunawerk bestimmt sind.

Zur Unterstützung der Weltfriedensbewegung erließ der Parteivorstand der KPD in Westdeutschland einen Aufruf, in dem die ganze westdeutsche Bevölkerung zur Unterstützung der Weltfriedensbewegung aufgefordert wird. Es heißt, daß es sich lohne, um den Frieden zu kämpfen, und ein dritter Weltkrieg, der sich auf deutschem Boden abspielen würde, das deutsche Volk für immer vernichte. Der Kampf um den Frieden sei daher ein Kampf um das Leben eines jeden Deutschen.

Der neu gewählte Hauptausschuß der LDP trat zu einer konstituierenden Sitzung zusammen. Dr. von STOLZENBERG wurde zum 1. Vorsitzenden gewählt.

Berlin: Der Deutsche Volksrat forderte alle patriotischen und demokratischen Kräfte auf, ihren Widerstand zu verstärken und gemeinsam mit dem Dt. Volksrat die Lebensfrage der deutschen Nation und den demokratischen Neuaufbau der Wirtschaft praktisch zu beraten. Die Lage des deutschen Volkes ist infolge der Maßnahme der westlichen Besatzungsmächte außerordentlich kritisch. Das koloniale Besatzungsstatut bedeutet die endgültige Zerreißung Deutschlands. Dem deutschen Volk wird ein gerechter Friedensvertrag verweigert. Durch den Atlantikpakt wird die Gefahr eines neuen Krieges heraufbeschworen. Alles das macht eine gemeinsame deutsche Beratung dringend erforderlich, um die Interessen des deutschen Volkes gegenüber den Besatzungsmächten zu vertreten! Alle Parteien, Organisationen und Wirtschaftskreise werden aufgerufen, ihre Delegierten zu einer gesamtdeutschen Beratung zum dritten Deutschen Volkskongreß nach Berlin zu entsenden.

Auszüge aus dem Kommentar von Günther HALL:

Der Kommentar befaßte sich mit dem Besatzungsstatut. Hall erklärte, daß man dem deutschen Volk ein Leben in Ruhe und Frieden nicht gönne, daß, wenn nicht die Ostzone herabgerissen werden könne, man wenigstens die westlichen Zonen an einer demokratischen Entwicklung verhindern wolle. Mit einem Zynismus werde in diesem Statut die unumschränkte Herrschaft der ausländischen Mchthaber für einen Teil unseres Vaterlandes proklamiert. Wenn am 20. April die dt. Vertreter ihren Platz auf dem Weltfriedenskongreß einnehmen, dann werden sie im Namen aller Deutschen, die den Frieden wollen, die Stimme erheben gegen die koloniale Herrschaft der hohen Kommissare und für den Abschluß eines Friedensvertrages sowie für ein einheitliches und demokratisches Deutschland.

No. 78

Auszüge aus Rundfunkberichten

Sender Leipzig vom 12. April 1949

Düsseldorf: Der Landesleitung der KPD von Nordrhein-Westfalen ist ein Schreiben ehemaliger deutscher Kriegsgefangener aus Frankreich zugegangen, die jetzt als sogenannte freie Arbeiter dort tätig sind. Darin heißt es: Wir zwangsläufig zu freien Arbeitern gewordenen Deutschen begrüßen die Initiative des Friedenskomitees und wünschen dem Weltfriedenkongreß viel Erfolg.

Halle: 220 volkseigene Betriebe in Sachsen-Anhalt stehen seit dem 1. April in innerbetrieblichem Wettbewerb.

Berlin: Die Vorsitzenden des Präsidiums des Deutschen Volksrates haben zur Ablehnung der gemeinsamen Besprechung in Braunschweig mit dem deutschen Volksrat eine Erklärung abgegeben. In dieser wird festgestellt, daß das Angebot, in B. zusammenzutreffen und über die deutschen Fragen zu diskutieren, überall große Sympathien ausgelöst hat, was unzählige Äußerungen und Briefe beweisen. Eine Befragung der Mitglieder der Parteien und der westdeutschen Bevölkerung würde eine gewaltige Mehrheit für eine gemeinsame Beratung gegeben haben. Die Vorsitzenden betonen, der deutsche Volksrat vermag sich mit der Ablehnung nicht abzufinden und veranlaßt daher alle patriotischen, friedliebenden und demokratischen Deutschen, gegen die verhängnisvolle Politik der Zerstückelung Deutschlands Stellung zu nehmen und den Widerstand zu verstärken.

Halle: Die Landesregierung von Sachsen-Anhalt protestierte nachdrücklich gegen das Besatzungsstatut und forderte im Zusammenhang damit die Bevölkerung in allen Zonen auf, gegen das Statut Stellung zu nehmen und mehr als bisher für die Einheit Deutschlands zu kämpfen.

Hannover: Die Hann. Neuesten Nachrichten bezeichneten das Besatzungsstatut als eine unerfreuliche Überraschung. Es enthalte keinen Punkt, der geeignet wäre, ihn begeistert zu begrüßen.

Auszüge aus dem Kommentar von Hans Maßen:

Mit Spannung wurde heute eine gemeinsame Erklärung der Mitglieder des Parlamentarischen Rates zum neuen Besatzungsstatut erwartet. Überraschenderweise ist sie bisher ausgeblieben. Vielmehr haben sich die westdeutschen Politiker darauf beschränkt, die Militärgouverneure noch um Aufklärung einiger Punkte zu bitten. - Eine tiefe Erregung hat alle Deutschen ergriffen. Da von einer Übertragung von Hoheitsrechten auf die Bundesregierung keine Rede sein kann, nimmt es nicht Wunder, daß die westdeutschen Länderchefs sich zu keiner begeisterten Zustimmung aufschwingen konnten. Von der Wiederherstellung deutscher Souveränität oder von deutscher Gleichberechtigung ist keine Spur zu merken. Im günstigsten Falle kann man Westdeutschland eine völkerrechtliche Stellung zuerkennen als Protektorat, das jedoch nicht protegiert, sondern gleichgeschaltet wird.

Wenn wir feststellen, daß nicht nur dieser Teil um sein Selbstbestimmungsrecht geprellt, sondern ganz Deutschland für die nächsten Jahre auf diese Weise um seinen Friedensvertrag betrogen und in zwei Teile gespalten wird, dann kommt uns das Joch erst in seiner ganzen Schwere zum Bewußtsein. Das deutsche Volk könnte verzweifeln an dieser Art von Demokratie, wenn es nicht wüßte, daß es nicht allein steht. Insgesamt 600 Mill. Menschen aller Völker und Kassen haben zur Stunde schon ihre Delegierten zum Weltfriedenskongreß gewählt, und dieser Kongreß räumt Deutschland ein, was die westlichen Regierungen Deutschland verweigern. Deutsche demokratische Delegierte werden als gleichberechtigte Vertreter am Kongreß teilnehmen. Dieser Kongreß für Frieden und Völkerverständigung gibt unserem Volk neuen Mut, weil wir sehen, daß wir nicht allein sind. Wir gehen nach Paris, um dort Zustimmung zu unserer Forderung auf Wiederherstellung unserer nationalen Einheit zu finden. Wir sträuben uns nicht gegen unsere Wiedergutmachungsverpflichtung, aber ohne ein Besatzungsstatut und ohne Besatzungstruppen. Frei wollen wir sein und als gleichberechtigtes Volk am Wohlstand aller mitarbeiten. Darum muß das Besatzungsstatut verschwinden und Deutschland ein gerechter Friedensvertrag gegeben werden.

REF ID: A667

No. 78

Auszüge aus Rundfunkberichten

Sender Leipzig vom 12. April 1949

Düsseldorf: Der Landesleitung der KPD von Nordrhein-Westfalen ist ein Schreiben ehemaliger deutscher Kriegsgefangener aus Frankreich zugegangen, die jetzt als sogenannte freie Arbeiter dort tätig sind. Darin heißt es: Wir zwangsläufig zu freien Arbeitern gewordenen Deutschen begrüßen die Initiative des Friedenskomitees und wünschen dem Weltfriedenkongreß viel Erfolg.

Halle: 220 volkseigene Betriebe in Sachsen-Anhalt stehen seit dem 1. April in innerbetrieblichem Wettbewerb.

Berlin: Die Vorsitzenden des Präsidiums des Deutschen Volksrates haben zur Ablehnung der gemeinsamen Besprechung in Braunschweig mit dem deutschen Volksrat eine Erklärung abgegeben. In dieser wird festgestellt, daß das Angebot, in B. zusammenzutreffen und über die deutschen Fragen zu diskutieren, überall große Sympathien ausgelöst hat, was unzählige Äußerungen und Briefe beweisen. Eine Befragung der Mitglieder der Parteien und der westdeutschen Bevölkerung würde eine gewaltige Mehrheit für eine gemeinsame Beratung gegeben haben. Die Vorsitzenden betonen, der deutsche Volksrat vermag sich mit der Ablehnung nicht abzufinden und veranlaßt daher alle patriotischen, friedliebenden und demokratischen Deutschen, gegen die verhängnisvolle Politik der Zerstückelung Deutschlands Stellung zu nehmen und den Widerstand zu verstärken.

Halle: Die Landesregierung von Sachsen-Anhalt protestierte nachdrücklich gegen das Besatzungsstatut und forderte im Zusammenhang damit die Bevölkerung in allen Zonen auf, gegen das Statut Stellung zu nehmen und mehr als bisher für die Einheit Deutschlands zu kämpfen.

Hannover: Die Hann. Neuesten Nachrichten bezeichneten das Besatzungsstatut als eine unerfreuliche Überraschung. Es enthalte keinen Punkt, der geeignet wäre, ihn begeistert zu begrüßen.

Auszüge aus dem Kommentar von Hans Maßen:

Mit Spannung wurde heute eine gemeinsame Erklärung der Mitglieder des Parlamentarischen Rates zum neuen Besatzungsstatut erwartet. Überraschenderweise ist sie bisher ausgeblieben. Vielmehr haben sich die westdeutschen Politiker darauf beschränkt, die Militärgouverneure noch um Aufklärung einiger Punkte zu bitten. - Eine tiefe Erregung hat alle Deutschen ergriffen. Da von einer Übertragung von Hoheitsrechten auf die Bundesregierung keine Rede sein kann, nimmt es nicht Wunder, daß die westdeutschen Länderchefs sich zu keiner begeisterten Zustimmung aufschwingen konnten. Von der Wiederherstellung deutscher Souveränität oder von deutscher Gleichberechtigung ist keine Spur zu merken. Im günstigsten Falle kann man Westdeutschland eine völkerrechtliche Stellung zuerkennen als Protektorat, das jedoch nicht protegiert, sondern gleichgeschaltet wird.

Wenn wir feststellen, daß nicht nur dieser Teil um sein Selbstbestimmungsrecht geprellt, sondern ganz Deutschland für die nächsten Jahre auf diese Weise um seinen Friedensvertrag betrogen und in zwei Teile gespalten wird, dann kommt uns das Joch erst in seiner ganzen Schwere zum Bewußtsein. Das deutsche Volk könnte verzweifeln an dieser Art von Demokratie, wenn es nicht wüßte, daß es nicht allein steht. Insgesamt 600 Mill. Menschen aller Völker und Nationen haben zur Stunde schon ihre Delegierten zum Weltfriedenskongreß gewählt, und dieser Kongreß räumt Deutschland ein, was die westlichen Regierungen Deutschland verweigern. Deutsche demokratische Delegierte werden als gleichberechtigte Vertreter am Kongreß teilnehmen. Dieser Kongreß für Frieden und Völkerverständigung gibt unserem Volk neuen Mut, weil wir sehen, daß wir nicht allein sind. Wir gehen nach Paris, um dort Zustimmung zu unserer Forderung auf Wiederherstellung unserer nationalen Einheit zu finden. Wir sträuben uns nicht gegen unsere Wiedergutmachungsverpflichtung, aber ohne ein Besatzungsstatut und ohne Besatzungstruppen. Frei wollen wir sein und als gleichberechtigtes Volk am Wohlstand aller mitarbeiten. Darum muß das Besatzungsstatut verschwinden und Deutschland ein gerechter Friedensvertrag gegeben werden.

No. 78

Auszüge aus RundfunkberichtenSender Leipzig vom 12. April 1949

Düsseldorf: Der Landesleitung der KPD von Nordrhein-Westfalen ist ein Schreiben ehemaliger deutscher Kriegsgefangener aus Frankreich zugegangen, die jetzt als sogenannte freie Arbeiter dort tätig sind. Darin heißt es: Wir zwangsläufig zu freien Arbeitern gewordenen Deutschen begrüßen die Initiative des Friedenskomitees und wünschen dem Weltfriedenkongreß viel Erfolg.

Halle: 220 volkseigene Betriebe in Sachsen-Anhalt stehen seit dem 1. April in innerbetrieblichem Wettbewerb.

Berlin: Die Vorsitzenden des Präsidiums des Deutschen Volksrates haben zur Ablehnung der gemeinsamen Besprechung in Braunschweig mit dem deutschen Volksrat eine Erklärung abgegeben. In dieser wird festgestellt, daß das Angebot, in B. zusammenzutreffen und über die deutschen Fragen zu diskutieren, überall große Sympathien ausgelöst hat, was unzählige Äußerungen und Briefe beweisen. Eine Befragung der Mitglieder der Parteien und der westdeutschen Bevölkerung würde eine gewaltige Mehrheit für eine gemeinsame Beratung gegeben haben. Die Vorsitzenden betonen, der deutsche Volksrat vermag sich mit der Ablehnung nicht abzufinden und veranlaßt daher alle patriotischen, friedliebenden und demokratischen Deutschen, gegen die verhängnisvolle Politik der Zerstückelung Deutschlands Stellung zu nehmen und den Widerstand zu verstärken.

Halle: Die Landesregierung von Sachsen-Anhalt protestierte nachdrücklich gegen das Besatzungsstatut und forderte im Zusammenhang damit die Bevölkerung in allen Zonen auf, gegen das Statut Stellung zu nehmen und mehr als bisher für die Einheit Deutschlands zu kämpfen.

Hannover: Die Hann. Neuesten Nachrichten bezeichneten das Besatzungsstatut als eine unerfreuliche Überraschung. Es enthalte keinen Punkt, der geeignet wäre, ihn begeistert zu begrüßen.

Auszüge aus dem Kommentar von Hans Haßen:

Mit Spannung wurde heute eine gemeinsame Erklärung der Mitglieder des Parlamentarischen Rates zum neuen Besatzungsstatut erwartet. Überraschenderweise ist sie bisher ausgeblieben. Vielmehr haben sich die westdeutschen Politiker darauf beschränkt, die Militärgouverneure noch um Aufklärung einiger Punkte zu bitten. - Eine tiefe Erregung hat alle Deutschen ergriffen. Da von einer Übertragung von Hoheitsrechten auf die Bundesregierung keine Rede sein kann, nimmt es nicht Wunder, daß die westdeutschen Länderchefs sich zu keiner begeisterten Zustimmung aufschwingen konnten. Von der Wiederherstellung deutscher Souveränität oder von deutscher Gleichberechtigung ist keine Spur zu merken. Im günstigsten Falle kann man Westdeutschland eine völkerrechtliche Stellung zuerkennen als Protektorat, das jedoch nicht protegiert, sondern gleichgeschaltet wird.

Wenn wir feststellen, daß nicht nur dieser Teil um sein Selbstbestimmungsrecht geprellt, sondern ganz Deutschland für die nächsten Jahre auf diese Weise um seinen Friedensvertrag betrogen und in zwei Teile gespalten wird, dann kommt uns das Joch erst in seiner ganzen Schwere zum Bewußtsein. Das deutsche Volk könnte verzweifeln an dieser Art von Demokratie, wenn es nicht wüßte, daß es nicht allein steht. Insgesamt 600 Mill. Menschen aller Völker und Nationen haben zur Stunde schon ihre Delegierten zum Weltfriedenskongreß gewählt, und dieser Kongreß räumt Deutschland ein, was die westlichen Regierungen Deutschland verweigern. Deutsche demokratische Delegierte werden als gleichberechtigte Vertreter am Kongreß teilnehmen. Dieser Kongreß für Frieden und Völkerverständigung gibt unserem Volk neuen Mut, weil wir sehen, daß wir nicht allein sind. Wir gehen nach Paris, um dort Zustimmung zu unserer Forderung auf Wiederherstellung unserer nationalen Einheit zu finden. Wir sträuben uns nicht gegen unsere Wiedergutmachungsverpflichtung, aber ohne ein Besatzungsstatut und ohne Besatzungstruppen. Frei wollen wir sein und als gleichberechtigtes Volk am Wohlstand aller mitarbeiten. Darum muß das Besatzungsstatut verschwinden und Deutschland ein gerechter Friedensvertrag gegeben werden.